

Kiel, 21. September 2020

## **Pressemitteilung**

### **Moria-Hilfe nur vor Ort! Deutscher Alleingang ist erneuter Pull-Faktor**

Die AfD-Ratsfraktion hat sich in der jüngsten Sitzung der Ratsversammlung dafür ausgesprochen, den obdachlos gewordenen Menschen im Lager Moria zu helfen – vor Ort. Die griechischen Behörden sollen dabei unterstützt werden, das Lager auf der Insel Lesbos neu zu errichten. Hygienischer, stabiler und sicherer.

Deutschland kann Hilfe am effektivsten vor Ort leisten. Mit großer logistischer Erfahrung im Errichten von Unterkünften für viele Menschen und mit der entsprechenden Ausstattung. Die Stadt Kiel hat insgesamt 220 Container für die Unterbringung von Migranten beschafft, von denen die meisten inzwischen nicht mehr benutzt werden. Die Stadt Kiel könnte also mit einigen dieser Container praktische Hilfe leisten. Das gilt ebenso für die anderen Städte, die sich im Bund der „sicheren Häfen“ zusammengeschlossen haben.

Das Lager Moria wurde durch organisierte Brandstiftung zerstört. Begangen von abgelehnten Asylbewerbern, die inzwischen verhaftet wurden. Wer vorsätzlich die Unterkunft von Tausenden von Menschen in Brand setzt, ist ein gefährlicher Schwerekrimineller. Straftaten und Gewalt sind kein Mittel des Protestes. Sie sind zu verurteilen, ganz gleich aus welchem Grund und von wem sie begangen werden. Es ist falsch, sich von einigen Brandstiftern und den moralischen Imperativen linker Ideologie erneut zu einem deutschen Alleingang verleiten zu lassen. Daraus könnte wie 2015 eine fatale Sogwirkung entstehen.

Es gibt auf den griechischen Inseln noch weitere Lager. Die Sorge der griechischen Behörden vor den Folgen und der möglichen Signalwirkung eines Alleingangs sind verständlich. Den Menschen in dem Lager Moria sollte schnell und praktisch geholfen werden, damit diese in einer menschenwürdigen Unterkunft wieder ein Dach über dem Kopf haben.

Der jüngste Beschluss der deutschen Bundesregierung in einer „einmaligen Aktion“ 1553 weitere Migranten aus Lesbos und anderen griechischen Lagern aufzunehmen, stellt erneut einen unabhängigen Alleingang dar. Auch 2015 gab es bereits eine „einmalige Aktion“, einen deutschen Alleingang, der im Kontrollverlust mündete und eine Sogwirkung über den gesamten Erdball entwickelt hat.

Anträge, die einen Pull-Effekt in der Migration herbeiführen, lehnen wir ab. 2015 darf sich nicht wiederholen, warnt die Vorsitzende der AfD-Ratsfraktion, Julia Brüggem.